

Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative:
Politikwechsel durch einen Regierungswechsel – das ist der Wählerauftrag!
Bildung einer SPD-geführten Landesregierung in Hessen

Erklärung der Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative

- zur Entscheidung des SPD-Landesvorstands Hessen vom 13.08.2008,

eine SPD-geführte Regierung zu bilden und

- zur Erklärung des „engeren Parteivorstands“ der Bundes-SPD vom 14.08.2008

19. August 2008

In Hessen sind die SPD und Andrea Ypsilanti angetreten für einen Politikwechsel, für eine Politik der Wiederherstellung der sozialstaatlichen Errungenschaften.

Sie haben die Wählermehrheiten erhalten, zur Erfüllung dieses Wählerauftrags eine SPD-geführte Regierung zu bilden.

Niemanden wird es überraschen, dass die CDU/CSU unterstützt von den Medien eine wahre Hasskampagne gegen die hessische SPD und Andrea Ypsilanti betreiben.

Doch wie ist es möglich, dass SPD-Verantwortliche, dass die Steinmeier/Steinbrück, die eifrigsten Verfechter der Fortsetzung der Politik der Agenda 2010 in der Großen Koalition, diese Hetze mitverantworten, um eine SPD-geführte Regierung in Hessen unter Andrea Ypsilanti zu torpedieren?

Wir können die SPD in Hessen und Andrea Ypsilanti nur unterstützen, wenn sie den Schritt angehen.

„Ich möchte eine Reformpolitik machen, die der Mehrheit der Menschen zu besseren Lebensverhältnissen verhilft. Und dafür braucht man Macht“, erklärt Andrea Ypsilanti. „Wir sind den Wählern den Politikwechsel schuldig. Wir wollen liefern.“

„Der Wähler ist der Souverän“, er hat Andrea Ypsilanti und der SPD den klaren Auftrag gegeben, Koch abzulösen.

Die „engere Parteiführung“ der SPD veröffentlichte nun einen Tag nach dem Beschluss des Landesvorstands am 13. August 2008 eine Erklärung, in der gewarnt wird, dass das Vorgehen der hessischen SPD mit „erheblichen Risiken“ verbunden sei. Es gehe auch um das „Gesamtinteresse der SPD“: „Die hessischen Genossinnen und Genossen tragen auch eine Gesamtverantwortung für die Partei.“

Was sind „die Risiken“? Geht es tatsächlich darum, dass es schwierig sein wird, mit einer Stimme Mehrheit in einer Minderheitsregierung zu bestehen?

Wenn es tatsächlich um dieses „Risiko“ geht, wäre dann nicht die einzig richtige Antwort, die ganze Kraft der gesamten SPD zur Unterstützung einer hessischen SPD-geführten Regierung zu engagieren?

Oder geht es um das „Risiko“, dass sich eine SPD-geführte Regierung auf die Zustimmung der Linken stützen müsste?

Sehen wir die Tatsachen: Diese Linke ist das Produkt der Unterwerfung der SPD unter Schröders Politik der Agenda 2010 und ihrer Fortsetzung durch die Große Koalition.

Nur eine Entscheidung für das Weitergehen des auf dem Hamburger Parteitag begonnenen Wegs der Neuorientierung der SPD, der „Korrekturen sozialer Ungerechtigkeiten“, d.h. die Absage an die Agenda 2010-Politik, wird der Linken den Boden entziehen.

Darüber hinaus ist es doch gerade die Linke, die in Koalitionen wie im Berliner Senat ihre absolute Zuverlässigkeit für die Umsetzung der Politik der Agenda 2010 bewiesen hat. Sie hat Wowereit den Weg frei gemacht für die Infragestellung der Flächentarifverträge und das Gebot eines staatlichen Lohndiktats. Sie verweigert in Koalition mit der Berliner SPD bis heute den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und ihrer Gewerkschaft ver.di die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft.

Sollten die Verfechter der Großen Koalition, die Steinmeier/Steinbrück, etwa fürchten, dass die hessische SPD und Andrea Ypsilanti angetreten sind, um das Mandat für den politischen Wechsel einzulösen; um Schluss zu machen mit der zerstörerischen, von der EU diktierten Agenda-Politik: Schluss mit Tarifiediktaten im Öffentlichen Dienst, für die Verteidigung und Wiederherstellung des Flächentarifvertragssystems; Schluss mit dem Spardiktat und den Privatisierungen – für eine ausreichende Finanzierung der Bildung und Sozialeinrichtungen; Wiederherstellung des Sozialstaats?

Welcher Sozialdemokrat kann diese Position sozialdemokratischer Politik und die Bildung einer SPD-geführten Regierung dafür nicht wollen?

Gilt die Warnung von Steinmeier/Steinbrück dem von der hessischen SPD und Andrea Ypsilanti geäußerten Willen, den Wählerauftrag einzulösen durch die Bildung einer SPD-geführten Regierung für sozialdemokratische Politik, weil das unvereinbar ist mit der Umsetzung der von der EU/Großen Koalition gebotenen Agenda-Politik?

Und was ist mit der „Gesamtverantwortung für die SPD“?

Ist nicht gerade diese Offensive der hessischen SPD für eine sozialdemokratische Politik und Regierung die Chance für die Gesamtpartei, sich darauf zu stützen und damit in den nächsten Wahlen auf den Weg des Sieges zu kommen?

Liegt hier nicht auch das entscheidende Signal für die Wahl in Bayern?

Eröffnet das nicht eine hoffnungsvolle Perspektive für das Land und die SPD nach den langen Jahren des sozialen Niedergangs und der Niederlagen und Mitgliederverluste der SPD?

Alle sozialdemokratischen GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen, die die SPD aus den Zwängen der Politik der Agenda 2010, der Großen Koalition und des EU-Diktats befreien wollen; alle, die einem weiteren verheerenden Absturz der historischen Partei der deutschen Arbeiterbewegung entgegenwirken wollen – müssen sie nicht die Unterstützung der hessischen SPD und Andrea Ypsilantis, für die erfolgreiche Bildung einer SPD-geführten Regierung zur Erfüllung des Wählerauftrags, zu ihrem Handeln machen?

Gilt es nicht, dafür die Mehrheitsbestrebungen der sozialdemokratischen Mitglieder zu versammeln und in die Waagschale der Gesamtpartei zu werfen?

Wir rufen alle GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen, die die Abkehr der SPD von der Politik der Agenda 2010 wollen, auf, engagiert Euch, dass die Bildung einer SPD-geführten Regierung in Hessen Wirklichkeit werden kann. Es kann nicht sein, dass die SPD diesem Kampf in Hessen nur zuschaut, wir brauchen in Hessen, wie in Bayern und im Saarland die Unterstützung der gesamten Partei.

Anfang September finden Regionalkonferenzen in Hessen statt, auf denen die Diskussion über die Regierungsübernahme diskutiert wird (**am 4.9.** um 18.30 Uhr für das Rhein-Main-Gebiet in Frankfurt, **am 12.9.** um 19.30 Uhr für Nordhessen in Melsungen, **am 13.9.** um 10.00 Uhr für Mittelhessen in Alsfeld, **am 18.9.** um 18.30 Uhr für Südhessen in Bensheim). Diese Diskussion wird am 4.10.2008 ab 10.00 Uhr auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Rotenburg a. d. Fulda zusammengefasst und die Entscheidung getroffen.

Schickt uns Eure Meinung und Unterstützung, damit wir diese Diskussion zu einer Diskussion für die gesamte Partei machen können.

Auf der ArbeitnehmerInnen-Versammlung am 8. Juni 2008 in Hessen haben wir vereinbart, auf der Grundlage des großen Echos auf den Offenen Brief an den Parteivorsitzenden Kurt Beck „**Festhalten an der Neuorientierung der SPD und weiter gehen! Dafür hast Du die Unterstützung der Mehrheit der SPD!**“, Kurt Beck um ein Gespräch zu bitten. Kurt Beck hat den Geschäftsführer der SPD, Martin Gorholt, beauftragt, einen Termin mit einer Abordnung unserer Initiative auszumachen.

Für das Gespräch möchten wir uns auf Eure Erklärungen, Beschlüsse und Initiativen stützen können.

Unser Ziel ist der Politikwechsel der gesamten Partei, dazu brauchen wir in Hessen die Unterstützung aus allen Gliederungen der SPD, wie es ein Kollege auf dem 8. Juni 2008 gefordert hat.

Michael Altmann, Marion Eisele, Mike Josef, Harald Staier
(für die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative)